

Solidaritätserklärung des 8. März Bündnis Frankfurt/Main

An die von den Polizeiübergriffen am 29. Und 30. Juni vor dem Audi-Werk
Betroffenen

Liebe Freund*innen, liebe Freunde,

Bei unserem Treffen am 2. Juli haben wir mit Empörung gehört, dass die Geschäftsleitung von Audi Neckarsulm am 29. und 30. Juni die Polizei anrücken ließ. Sie wollte damit das Verteilen einer von Kolleg*innen und Kollegen verfassten Zeitung und das Überbringen der Solidarität gegen die geplanten Angriffe auf die Arbeits- und Ausbildungsplätze verhindern. Und nicht nur das. Einige von euch - darunter die 71-jährige Frau eines ehemaligen Audi-Arbeiters und eine weitere Frau - wurden z.T. mit Gewalt und Verletzungen in Handschellen abgeführt, stundenlang festgehalten, erkennungsdienstlich behandelt und wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Es wurden auch ein Handy beschlagnahmt. Dieser unerhörte Vorgang geht uns alle an und wir erklären euch unsere Solidarität.

Wenn tausende Familien aus purer Profitgier ihre Existenzgrundlage entzogen wird, dann ist das rechtmäßig und soll widerstandslos hingenommen werden. Wenn über die notwendige Gegenwehr diskutiert und die Solidarität organisiert wird, dann wird das unterdrückt und kriminalisiert. Offenbar fürchtet sich die Geschäftsleitung davor, dass sich Kolleginnen und Kollegen eine eigene Meinung bilden und sich für den Kampf um ihre Arbeitsplätze entscheiden. Offensichtlich endet nach Meinung der Geschäftsleitung das Recht auf Meinungsfreiheit, vor dem Betriebstor. Gegen diese Sichtweise und Praxis existieren Gerichtsurteile. Die herbeigerufene Polizei setzte sich darüber hinweg. Das ist nicht hinnehmbar! Dagegen protestieren wir energisch.

Wir setzen darauf, dass sich die Audi- und anderer VW-Belegschaften nicht einschüchtern lassen, sondern den Kampf gegen die angekündigte Vernichtung von 100.000 Arbeitsplätzen aufnehmen. In einer solchen Situation ist es wichtig, dass Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die Frauenbewegung zusammenstehen. Auch wenn es um den Abbau sozialer Errungenschaften und demokratischer Rechte geht. Unser Zusammenhalt und unsere Solidarität reichen weit!

8. März Bündnis Frankfurt/Main
verabschiedet beim Treffen am 2. Juli 2026